

Förderung lokaler Entwicklung, den Aufbau lokaler Dienstleistungssektoren oder die Zahlung von Lizenzgebühren an die Regierungen der produzierenden Bergbauländer (Bebbington 2012a; Haslam 2018; Himley 2013). Mehrere Autor:innen zeigen, dass Bergbauunternehmen, die mit ihren Programmen und Maßnahmen in Aufgabenbereiche der Gemeinde-, Provinz- oder zentralen Regierung hineinreichen, weitestgehend allein über die Ausrichtung der Programme entscheiden und auf diese Weise eigene Entwicklungsvorstellungen in den Abbauregionen verfolgen (Godfrid 2017a; Gustafsson 2018; Haslam 2021). Unklar bleiben in bisherigen Studien aber die mittel- und langfristigen Folgen dieses Handelns. Bisherige Forschungen liefern unzureichenden Antworten darüber, in welcher Weise die Bergbauunternehmen mit bestehenden demokratischen Strukturen und lokalen Entscheidungsprozessen umgehen und welche Effekte ihr Handeln auf die entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung in den Gemeinden hat. Die vorliegende Arbeit knüpft an diese Forschungslücken an.

1.1 Fragestellung

Diese Arbeit stellt die Interaktionsbeziehungen zwischen Bergbauunternehmen, den politischen Vertreter:innen sowie Vertreter:innen weiterer Einrichtungen aus dem Bildungsbereich und lokaler Wirtschaftssektoren in den Gemeinden in den Abbauregionen industrieller Minen in den Fokus der Untersuchung. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, das Handeln transnationaler Bergbauunternehmen in lokalen Politikarenen zu analysieren. Eine solche Untersuchung soll Erklärungsansätze dafür entwickeln, welche Strategien Bergbauunternehmen verfolgen, um die Zustimmung lokaler Bevölkerungsgruppen in der Abbauregion zu erhalten sowie welche Auswirkungen dieses Vorgehen auf lokale Demokratie und Entwicklung in den Abbauregionen hat.

Die übergeordnete Forschungsfrage lautet: Inwiefern nehmen Bergbauunternehmen in Abbauregionen Einfluss auf Entscheidungsprozesse und die inhaltliche Ausgestaltung lokaler Politik? Zwei Unterfragen spezifizieren die übergeordnete Forschungsfrage weiter: Welche Strategien verfolgen die Bergbauunternehmen, um die Zustimmung lokaler Bevölkerungsgruppen in den Abbauregionen zu erhalten? Welche demokratische- und entwicklungspolitischen Auswirkungen gehen von dem Handeln der Bergbauunternehmen aus?

Zentraler Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit sind die Strategien und Programme zur Förderung lokaler Entwicklung, mit denen Bergbauunternehmen soziale Akzeptanz für ihre Bergbauaktivitäten in den Abbauregionen versuchen zu schaffen. Diese Herangehensweise ermöglicht es anhand der unternehmerischen Strategien und Programme zu untersuchen, welche demokratie- und developmentspolitischen Folgen vom Handeln der Bergbauunternehmen für lokale Politik ausgehen können. Dabei verstehe ich lokale Politik als ein »Brennglas«, unter dem sich das Zusammenwirken zwischen transnationalen Bergbauunternehmen, Vertreter:innen politischer Institutionen und (öffentlicher) Einrichtungen der Gemeinden in seiner Deutlichkeit zeigt (Lund 2008; Swartz 1969). Meine These ist zweigeteilt: Zum einen argumentiere ich, dass die Bergbauunternehmen verschiedene Strategien verfolgen, um die soziale Lizenz der Bevölkerung in den Gemeinden der Abbauregion zu erhalten. Das Handeln der Bergbauunternehmen konzeptualisiere ich als Einflussnahme auf lokale Politik, die sich erstens entlang von sozialräumlichen Restrukturierungsprozessen untersuchen lässt. Zweitens lässt sie sich daran analysieren, inwiefern die Bergbauunternehmen Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung der Abbauregion schaffen und drittens, welche (öffentlichen) Güter und Leistungen sie im Rahmen ihrer Programme zur Förderung lokaler Entwicklung bereitstellen. Zum anderen argumentiere ich, dass die Einflussnahme nicht immer unmittelbar sichtbar ist, aber in der Abbauregion tiefgreifende entwicklungs- und demokratiepolitische Auswirkungen für lokale Politik mit sich bringt.

Ziel dieser Studie ist es erstens, die analytische Einführung der Debatten über die Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben in Lateinamerika auf soziale Konflikte zwischen Staat, Unternehmen und lokalen Gemeinden zu überwinden. Zweitens liefert die Arbeit empirische Befunde über die Strategien transnationaler Bergbauunternehmen, die sie in den Abbauregionen ausarbeiten, um soziale Akzeptanz für den Bergbau zu schaffen. Hierfür rücke ich die vielfältigen Interaktionsbeziehungen zwischen den Bergbauunternehmen und den Vertreter:innen politischer Institutionen und (öffentlicher) Einrichtungen der Gemeinde in den Fokus der Untersuchung. Dabei kann ich zeigen, wie die Bergbauunternehmen lokale Akteure in unternehmerische Programme zur Förderung lokaler Entwicklung miteinbeziehen, eigene Vorstellungen von lokaler Entwicklung implementieren und in staatliche Kompetenzbereiche hineinreichen. Schließlich macht die Arbeit nicht nur deutlich, dass industrielle Bergbauaktivitäten mit vielfältigen Transformationsprozessen in den Abbauregionen verbunden sind, sondern trägt zu einem differen-

zierten Verständnis darüber bei, welche lokalpolitischen Auswirkungen mit der Einflussnahme von Bergbauunternehmen für lokale Entscheidungsprozesse und die inhaltliche Schwerpunktsetzung lokaler Politik einhergehen.

1.2 Theoretische Verortung und Forschungsdesign

Zur Beantwortung meiner Fragestellung habe ich einen Analyserahmen entwickelt, in dem ich theoretische Kategorien aus der kritischen Geographie, der Partizipationsforschung und der Governance-Forschung verbinde. Auf Governance beziehe ich mich als eine Heuristik, mit der das Zusammenspiel von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die Einfluss auf Politik nehmen, beschrieben und analysiert werden kann (Benz et al. 2007; Rhodes 1997). Die Politikwissenschaft befasst sich in der Governance-Debatte mit den Grenzen (national-)staatlicher Steuerungsfähigkeit, der räumlich-institutionellen Veränderung von Politik sowie der Zunahme von (scheinbar) neuen Formen des Regierens, bei denen nichtstaatliche Akteure (z.B. internationale Organisationen oder Unternehmen) ebenso Einfluss auf Politik nehmen. Autor:innen wie Susan Strange (1996) betrachten die Verlagerung von Staatsaufgaben in einzelnen Politikfeldern und die Zunahme an neuen Kooperationsformen als einen Rückzug des Nationalstaates. Neomarxistische Autor:innen hingegen versuchen die Vielfalt an Regierungsformen vielmehr als Ausdruck einer Transformation des Staates zu fassen (Bieler/Morton 2010; Bieling 2011).

Die politikwissenschaftliche Governance-Debatte weist für mein Erkenntnisinteresse drei Leerstellen auf. Erstens nehmen Governance-Ansätze an, dass Akteure weitgehend gleichberechtigt auf Politikprozesse Einfluss nehmen. Durch diese fehlende machttheoretische Fundierung bleibt offen, welche konkreten Zielsetzungen einzelne Akteure verfolgen und wie sie partikulare Interessen durchsetzen (Bieling 2011; Papadopoulos 2010). Zweitens fokussieren Governance-Ansätze die Output-Seite von Politik. Die Legitimität politischer Entscheidungen leiten sie von der Effektivität politischer Entscheidungen ab, berücksichtigen aber nicht, wie diese Entscheidungen zu stande kommen (Demirović 2011; Sack/Burchardt 2008). Drittens analysiert die Debatte zwar den Einfluss nichtstaatlicher Akteure in nationalen oder internationalen Politikarenen, kann aber das Akteurshandeln auf lokaler Ebene kaum erklären (Hoffmann et al. 2013; Olivier de Sardan 2011).

Um diese Lücken zu schließen, untersuche ich den Einfluss, den Bergbauunternehmen mithilfe verschiedener Strategien auf Entscheidungsprozesse